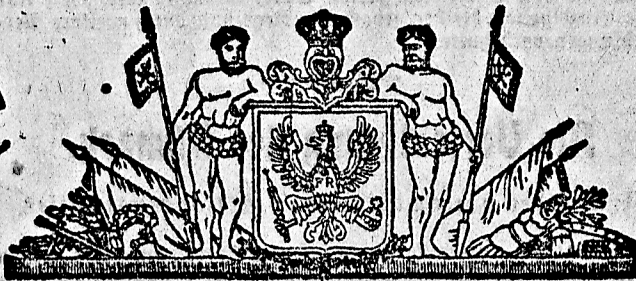


Wöchentliche



Zeitung

Bezugspreis

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Baumann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Reichsregierung gegen Hochverratsgelüste.

Warnung.

Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zur selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Lösung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrates schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzes mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird.

Berlin, 28. Mai 1919.

Die Reichsregierung.

Geheimmann. Dr. Dernburg. Graf Brockdorff-Rangau. Dr. Preuß. Bauer. Wissell. Schmidt. Landeberg. Noske. Dr. Sell. Giesberts. Gothein. Dr. David. Ergberger.

Frankfurt a. M., 28. Mai.

Aus vertrauenswürdigster Quelle wird mitgeteilt, daß trotz wiederholter Ablehnungen die Auslösung der rheinischen Republik in Aachen und Wiesbaden für den morgigen Samstag festgesetzt ist.

Die „Rheinische Zeitung“ ist wegen Veröffentlichung der Unterhaltung des französischen kommandierenden Generals Mangin mit dem Redakteur der „Rheinischen Volkszeitung“, Froberg, und den beiden Generalsabgeordneten auf 8 Tage von der britischen Besatzungsbehörde verboten worden, was die englische Auffassung von Zensurfreiheit vortrefflich illustriert.

Die sozialdemokratische Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestversammlungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen, Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Kabinett hat sich in der gestern abend abgehaltenen Sitzung mit den Vorkommissaren in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei ist der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars ventilirt worden, da diese Institution in Schleswig und Ostpreußen sich ganz ausgezeichnet bewährt hat.

Kabinettsberatung mit den süddeutschen Regierungen.

Heute mittags 12 Uhr fand eine Sitzung des Staatsauschusses statt, die sich mit der allgemeinen Lage, insbesondere mit den deutschen Gegenentwürfen, beschäftigte. An der Beratung nahm auch der bayerische Ministerpräsident Hoffmann teil. Die scheidenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten dürften voraussichtlich auch an der heute nachmittags 6 Uhr stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen.

Kritik Cecils am Friedensvertrag.

Drahtmeldung.

Rotterdam, 27. Mai. (W. E. B.)

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Ueber 300 Mitglieder der „Society of Friends“ sind heute nachmittag ins Unterhaus gezogen, um mit den Abgeordneten über die Aufhebung der Blockade zu unterhandeln. Der Wortführer der „Society of Friends“ hatte eine Unterredung mit Lord Robert Cecil, worin dieser erklärte, er würde Deutschland empfehlen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ebenso wie er auch Rußland geraten haben würde, den Vertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Derartige Vorträge würden später doch abgeändert. Lord Robert Cecil verurteilte besonders die drückenden wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages, wie zum Beispiel die, daß Deutschland 120 000 Mätkliche an die Alliierten ausliefern muß. Er glaube, daß diese Bestimmung niemals durchgeführt werden wird. An den territorialen Fragen scheint Cecil kein Interesse zu haben.

Die „Daily News“ veröffentlicht eine von 40 Gelehrten und anderen bekannten Persönlichkeiten unterschriebene Erklärung, die sich scharf und unumwunden gegen die Friedensbedingungen ausspricht. Der englische Friedensrat, dessen Vorsitzender Charles Trevelyan ist, veröffentlicht im „Manchester Guardian“ einen Protest gegen die Friedensbedingungen.

Ueberreichung der Gegenentwürfe erst am Donnerstag.

Die deutschen Gegenentwürfe werden nun doch erst am Donnerstag, dem letzten Tage der von den Alliierten bewilligten Nachfrist, in Versailles überreicht werden. Der Grund ist einzig und allein darin zu suchen, daß es technisch nicht gelungen ist, die Mantelnote und die umfangreiche Denkschrift vorher fertigzustellen. Die deutschen Gegenentwürfe werden in französischer und englischer Uebersetzung übergeben, um zu verhüten, daß bei einer Uebersetzung aus dem Deutschen durch unsere Gegner sich Mißverständnisse und falsche Ausdrücke einschleichen.

Versailles, 28. Mai. (Havas.)

Graf Brockdorff-Rangau besprach sich während des Morgens mit den Bevollmächtigten über die Lage. Er empfing die Präsidenten der Finanzkommission, der Kommission für die Rohstoffe und der Kommission für die Frage der Verantwortlichkeit. Er ließ sich die Beschlüsse dieser Kommissionen überreichen. Im Laufe des gestrigen Morgens kamen verschiedene Kuriers an, insbesondere der Neffe des Grafen Brockdorff. Die deutsche Druckerlei war die ganze Nacht beschäftigt. Die Arbeit stellt eine Broschüre von 120 Seiten dar.

Der österreichische Friedensvertrag.

Ueberreichung am Freitag.

St. Germain, 27. Mai.

Meldung des Wiener Korrespondenzbüros.

Das heute dem Staatssekretär Dr. Renner als Präsidenten der deutsch-österreichischen Friedensdelegation überreichte Schreiben Clemenceaus hat folgenden Wortlaut:

Paris, 27. Mai.

Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 24. Mai zu bestätigen, worin Sie die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Oesterreich in möglichst kurzer Frist verlangten. Der Rat der Hauptmächte der Verbündeten und Assoziierten wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages nächsten Freitag, 30. Mai, mittags in St. Germain-en-Laye zur Ueberreichung an die österreichische Delegation fertiggestellt sein wird. Jedoch werden die folgenden Fragen einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben müssen:

- 1. Die Stärke der militärischen Kräfte, die in Zukunft in Oesterreich zu unterhalten sein werden.
2. Die Frage der Schadengutmachung und der Schulden.

Diese zwei Fragen haben einen besonderen Charakter infolge des Zerfalls des österreichischen Reiches in mehrere Teile. Dieser Zerfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem Gesichtspunkte ihrer Rückwirkung auf die Interessen und auf die Haltung dieser verschiedenen Teile notwendig.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner besonderen Hochachtung!

Clemenceau.

* Versailles, 28. Mai.

Der Vorgang der Ueberreichung des Vertrages an die Oesterreicher wird ähnlich sein wie der in Versailles am 7. Mai, aber kleiner und formloser. Auch den Oesterreichern ist in dem Vertrag schriftliche Verhandlungsform vorgeschrieben.

Prüfung des Friedensvertrages durch die französische Kammer.

Paris, 28. Mai.

Die französische Kammer nahm durch Handaufheben einen Vorschlag an, der die Ernennung einer Kommission von 60 Mitgliedern vorsieht, die damit beauftragt sind, den Gesetzentwurf für die Ratifizierung des Friedensvertrages einer Prüfung zu unterziehen.

Aufbau oder Zerstörung.

Der deutsche Gegenentwurf wird morgen in Versailles überreicht. Es ist ein Schriftstück von 120 Druckseiten, dessen gewissenhaftes Studium kaum geringere Zeit erfordert, als seine Herstellung, die ja längst durch Sachverständigen-Beratungen vorbereitet war. Die Denkschrift setzt sich nicht das Ziel, mit dem Monumentalwerk zu weiterfeinern, das die Gegner in Versailles ausgearbeitet haben. Dieses stellt den Versuch dar, auf juristischem Weg in der Form eines Urteilspruchs gegen den Schuldigen, das Unheil wieder gut zu machen, das über die Welt gekommen ist. Der deutsche Gegenentwurf bemüht sich, diese Art des Verfahrens als moralisch, juristisch und völkerrechtlich unmöglich nachzuweisen, aber er begnügt sich nicht mit der Klage über ungerecht Gericht, das den Gedrückten, Machtlosen, Vergewaltigten zwar seelische Erleichterung schafft, aber nicht aus den Klauen der Ungerechtigkeit befreit. Das eigentliche Ziel, auf das Deutschland hinstrebt und hinstreben muß, ist der Nachweis, daß der Weg der „Exekution“ das schlechteste Mittel ist, aus der allgemeinen Zerrüttung zu neuem Schaffen zu gelangen.

Die deutsche Öffentlichkeit ist noch nicht in der Lage, zu den Einzelheiten der deutschen Gegenentwürfe Stellung zu nehmen. Bis jetzt sind nur die großen Umrisse bekannt, die den Eindruck erwecken, daß sie von dem Bestreben getragen sind, die Solidarität der mehr als je aufeinander angewiesenen Kulturvölker praktisch zu bewahren. Das rhetorische Belwert, das vor allem in der heute früh im Wortlaut wiedergegebenen Einleitung überwiegt, spielt in dem noch nicht veröffentlichten Teil, wie wir annehmen, eine geringe Rolle.

Es kann nicht darauf ankommen, in dem Prozederfahen die Rechtslage zu unseren Gunsten zu verbessern, nachdem die Machtfrage zu unseren Ungunsten entschieden ist. Das Ziel kann nur sein, allen Beteiligten nachzuweisen, daß Deutschland ehrlich bereit ist, mit den anderen zusammen wieder gutzumachen, was fünf Jahre des Grauens und der Vernichtung über die Welt gebracht haben. Gerade die Ungeheuerlichkeit dieser Aufgabe, die bisher nur wenige Sterbliche ganz zu übersehen vermögen, zwingt dazu, sie im Geiste der Gemeinamkeit aufzufassen und anzufassen. Es kann keinen Menschen mit gesunden Sinnen geben, der nicht bei einigem Nachdenken zu der Erkenntnis kommen müßte, daß es unmöglich ist, die zertrümmerte Welt nach der Art ägyptischer Fronarbeit wieder aufzubauen. Sklavenarbeit ist die teuerste und schlechteste, die es gibt. Sie lähmt die Kräfte und den Willen, sie schafft Widerstände und nötigt zu ständiger Bewachung, die doch niemals ausreicht, niemals sicher geht. Zunächst ist es die Aufgabe der Völker des Kontinents, die — Sieger und Besiegte — todwund und todmüde sind, sich einen Arbeitsplan zu machen, einen Voranschlag, der die Bedürfnisse und die Mittel feststellt, um aus dem gemeinsamen Unheil den gemeinsamen Aufstieg zu finden. Das enthält letzten Endes keine Spitze gegen die angelsächsischen Mächte, die im wesentlichen unversehrt, ja vielfach gestärkt, aus dem Krieg hervorgegangen sind. Die Wertvernichtung, die sich in Europa vollzogen hat, ist so ungeheuer, daß die gesteigerte Produktivkraft, vor allem der Vereinigten Staaten, erst dann sich auswirken vermag, wenn die Konsumfähigkeit in West-, Mittel- und Osteuropa durch Wiederaufbau von Industrie und Landwirtschaft wieder einigermaßen gehoben ist.

Das ist der Geist, der die Gegenentwürfe befeelt. Soviel uns bekannt ist, geben sie keine feststehenden Einzelheiten, sondern stellen mehr ein grundsätzliches Bekenntnis Deutschlands zu dem Gedanken dar, alle seine Aktiven — nicht nur das bishen Gold, die Rohlen und was man uns sonst abpressen kann — in den Dienst der neuen europäischen Gemeinshaft zu stellen. Das ist viel mehr, als alle Gewalt der Welt je erzwingen könnte. In diesem Sinne ist auch das Angebot aufzufassen, dessen verblüffende Größe in Deutschland selbst Schrecken hervorrufen wird, das Angebot, den festgestellten Schaden, soweit wir uns zu seiner Tragung verpflichten haben, bis zu einer Summe von hundert Milliarden Goldmark auf uns zu nehmen. Darin liegt zwar auf dem Papier eine Einschränkung, denn in dem Friedensentwurf der Alliierten und Assoziierten war außerdem noch vorbehalten, daß die endgültige Schadensersatzsumme erst im Jahre 1921 festgesetzt, aber jetzt schon von uns anerkannt werden muß. Es ist aber ganz klar, daß